



Niederschrift

über die 37. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 31.10.2012, 17:00 Uhr, im Ratssaal,
Eingang Schillerstraße

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Kurt Pirmann

Stadtvorstand

Bürgermeister Rolf Franzen

Beigeordneter Henno Pirmann

Ratsmitglieder

Dr. Reinhard Bock

Hedi Danner

Kurt Dettweiler

Bernhard Düker

Christian Gauf

Martin Graßhoff

Thorsten Gries

(bis 17:12 Uhr, TOP I/2)

Dr. Walter Hitschler

Annegret Kirchner

Hannelore Krauskopf

Uwe Kretzschmar

Jürgen Kroh

Elisabeth Metzger

Stephane Moulin

Matthias Nunold

Dr. Wolfgang Ohler

Dr. Norbert Pohlmann

Fritz Presl

(ab 17:24 Uhr, TOP I/3)

Christina Rauch

Oliver Reitnauer

Walter Rimbrecht

Achim Ruf

Dr. Dietmar Runge

Gertrud Schanne-Raab

Richard Scherer

37. Sitzung des Stadtrates am 31.10.2012

Andreas Schneider
Dirk Schneider
Peter Schönborn
Dr. Ulrich Schüler
Elke Streuber
Sabine Wilhelm
Kurt Zahler

Protokollführer

Alessa Buchmann

von der Verwaltung

Werner Boßlet	(UBZ)
Heinz Braun	(Amt 10)
Dr. Annegret Bucher	(Amt 30)
Benedikt Burkey	(Amt 14)
Willi Conrad	(Amt 60)
Harald Ehrmann	(Amt 60)
Tanja Eitel	(Auszubildende)
Hans Frenkle	(Amt 60)
Dr. Charlotte Glück-Christmann	(Amt 41, Stadtmuseum)
Herbert Kallenbrunnen	(Personalrat)
Horst Keßler	(Amt 60)
Richard Körner	(Amt 10)
Johannes Kuhn	(Amt 11)
Bernhard Lambing	(Stadtwerke)
Bruno Maier	(Amt 20)
Isolde Seibert	(Ortsvorsteherin Rimschweiler)
Friedrich Wagner	(Amt 20)
Markus Wilhelm	(Amt 51)

Abwesend:

Ratsmitglieder

Anne Bauer
Evelyne Cleemann
Thomas Eckerlein
Ingrid Kaiser
Volker Neubert
Josef Reich
Florian Scharfenberger
Eckhart Schiller

37. Sitzung des Stadtrates am 31.10.2012

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Prüfung der Jahresabschlüsse 2009 und 2010 der Stadt Zweibrücken durch einen sachverständigen Dritten
Vorlage: 14/0838/2012/2
- 2 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushalt der Stadt Zweibrücken
Vorlage: 20/0847/2012
- 3 Anhebung der Parkgebühr; Änderung der Rechtsverordnung der Stadtverwaltung Zweibrücken über die Erhebung der Parkgebühren in der Stadt Zweibrücken vom 20.11.2001
Vorlage: 20/0867/2012
- 4 Sanierung Kreuzberg-Kaserne Zweibrücken
Fortschreibung der Sanierungskonzeption
Kosten- und Finanzierungsübersicht (KOFI) für das Programmjahr 2012
A. Information Antragsverfahren
B. Inhalte der KOFI
C. Beschlussinhalt
Vorlage: 20/0841/2012
- 5 Bauleitplanung;
Vorhabenbezogener Bebauungsplan ZW 114 "Obere Denisstraße"
- Information über den aktuellen Planungsstand
- Beschluss zur Aufstellung einer Änderung 1 des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB
- Beschluss zur Änderung des Durchführungsvertrages
Vorlage: 60/0857/2012
- 6 Neue Feuerwache Rimschweiler; Anschaffung der Stahlhalle
Vorlage: 60/0861/2012
- 7 Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik
Vorlage: 60/0862/2012
- 8 Ergänzung von Ausschüssen
Umlegungsausschuss der Stadt Zweibrücken
Vorlage: 10/0852/2012
- 9 Übertragung von namensrechtlichen Aufgaben auf die Stadtverwaltung
Abschluss einer Zweckvereinbarung mit der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land
Vorlage: 10/0846/2012
- 10 Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO; Annahme von Spenden
Vorlage: 10/0854/2012
- 11 Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ZW 78 "Hilgard-Center"

37. Sitzung des Stadtrates am 31.10.2012

Antrag der FDP-Fraktion
Vorlage: 10/0853/2012

12 "Erinnerung an bedeutende Zweibrücker Architekten"
Antrag der FDP-Fraktion vom 15.10.2012
Vorlage: 10/0868/2012

13 Einführung eines Vorkassenzählersystems;
Antrag der SPD vom 25.10.2012
Vorlage: 10/0870/2012

14 Anfragen von Ratsmitgliedern

II. Nichtöffentlicher Teil

37. Sitzung des Stadtrates am 31.10.2012

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.
Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

I. Öffentlicher Teil

Punkt 1: **Prüfung der Jahresabschlüsse 2009 und 2010 der Stadt Zweibrücken durch einen sachverständigen Dritten**
(öffentlich) **Vorlage: 14/0838/2012/2**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Prüfung der Jahresabschlüsse 2009 und 2010 der Stadt Zweibrücken durch einen sachverständigen Dritten gem. § 112 Abs. 5 GemO wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	30
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 30 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:
Amt 14

37. Sitzung des Stadtrates am 31.10.2012

Punkt 2: **(öffentlich)**

1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushalt der Stadt Zweibrücken

Vorlage: 20/0847/2012

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Bürgermeister Franzen führt aus, ausgehend von einem ursprünglich prognostizierten Defizit i.H.v. ca. 31 Mio. € komme es jetzt im Nachtrag zur einer deutlichen Verbesserung. Diese resultiere aus einer hohen Zahl von Erträgen, vor allem aus Steuernachzahlungen. Demgegenüber stünden jedoch auch Aufwendungen i.H.v. rund 6 Mio. €. Daraus ergebe sich dann eine Verbesserung i.H.v. etwa 29 Mio. € auf einen Jahresüberschuss, der noch immer ein Defizit sei. Die Auszahlungen für Investitionstätigkeit seien zurückgegangen. Die Investitionen würden künftig realistischer angesetzt werden. Wenn das Rechnungsergebnis so ausfalle, dass man noch 1-2% einsparen könne, dann könnte es gelingen, eine schwarze Zahl in diesem Haushalt zu erreichen.

Ratsmitglied Dettweiler wundert sich, dass der Baukostenzuschuss für das Dorfgemeinschaftshaus Hengstbach gestrichen worden sei. Er fragt sich, wie man diese Ausgaben ohne den Zuschuss künftig stemmen solle. Man dürfe nicht vergessen, dass der Verein einiges beisteuert, um das Haus überhaupt erhalten zu können.

Der Vorsitzende gibt an, man wolle noch einmal mit dem Vorsitzenden des Vereins sprechen. Er vertrete die Rechtsauffassung, wenn der Verein wieder in der Lage sei, das Blütenfest zu organisieren, könne man dies durchaus durchführen. Es gebe eine sog. „Zehner-Regelung“, dass ein Anwohner in unbeplantem Dorfgebiet, wie es hier vorliege, solche Dinge hinnehmen müsse, wenn man sie frühzeitig ankündige und im Falle einer erheblichen Störung für diesen, auf die Möglichkeit hinweise, ihm eine Übernachtung außer Haus zu zahlen. Er glaube, dass der Verein in die Notsituation gelangt sei, weil er das Fest nicht mehr ausrichten konnte. Wenn es funktionieren würde, wäre dies ein Signal, die Eigeninitiative der Bürger zu fördern und den Haushalt zu verbessern.

Ratsmitglied Dettweiler erinnert, dass der Verein in der Vergangenheit die gesamten Unkosten des Dorfgemeinschaftshauses durch die Ausrichtung des Blütenfestes gedeckt habe. Die genannten Vorschläge seien angeboten, jedoch bislang immer verneint worden. Wenn es dem Vorsitzenden gelinge, dass die Hengstbacher das Blütenfest wieder durchführen könnten, wäre es selbstverständlich möglich auf den Zuschuss zu verzichten.

Der Vorsitzende erinnert an die Aussage der FDP-Fraktion in der vergangenen Hauptausschusssitzung, dass sie dem Nachtrag nicht zustimmen könne, weil sie in der Vergangenheit dem Haushalt nicht zugestimmt hätten. Die übrigen Hauptausschussmitglieder hätten dem Nachtrag in der vorliegenden Form zugestimmt.

Ratsmitglied Rimbrecht erklärt, man dürfe nicht glauben, dass es jedes Jahr so gehe und auf der anderen Seite aber auch, dass man erkenne, wie man eine Gesundung der Stadt herbeiführen könne. Um die Finanzen zu sanieren, müsse man alles tun, um Handwerksbetriebe und Industrie voranzubringen.

37. Sitzung des Stadtrates am 31.10.2012

Der Stadtrat fasst folgenden

Beschluss:

Dem Entwurf des 1. Nachtragshaushaltsplanes 2012 in der vorgelegten Fassung einschließlich der vorgelegten Ergänzungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	27
Nein:	0
Enthaltung:	4

An der Abstimmung nahmen 31 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:
Amt 20

37. Sitzung des Stadtrates am 31.10.2012

Punkt 3: **Anhebung der Parkgebühr; Änderung der Rechtsverordnung der
(öffentlich)** **Stadtverwaltung Zweibrücken über die Erhebung der Parkgebühren in der Stadt Zweibrücken vom 20.11.2001**
Vorlage: 20/0867/2012

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Er führt aus, man bemühe sich Einsparpotential zu finden, könne jedoch die Forderungen der ADD nicht so schnell umsetzen. Das Parkraumbewirtschaftungssystem in Zweibrücken sei jedoch zu günstig und man solle heute über eine Erhöhung der Gebühren beraten. Man denke derzeit auch über eine Einführung einer „Brötchentaste“ nach. Im Laufe des Jahres sollte eine Erweiterung des Parkraumkonzeptes geprüft werden. Damit sich die Stadtwerke auf eine Umstellung der Parkautomaten vorbereiten können, solle man aber schon heute die Erhöhung der Parkgebühren beschließen.

Ratsmitglied Dr. Hitschler erklärt, die FDP-Fraktion verschließe sich keiner Gebührenerhöhung und sehe auch, dass die Gebühren derzeit zu günstig sind. Aber man sollte das Maß der Anhebung im Hauptausschuss vorberaten. Die vorgeschlagene Erhöhung werde Missmut bei den Besuchern der Innenstadt hervorrufen. Er rät, im Hauptausschuss über eine Erhöhung der Parkgebühren auf 50 Cent pro Stunde zu beraten.

Ratsmitglied Wilhelm erinnert an die schon länger andauernde Kritik der ADD an der Höhe der Parkgebühren und sieht in einer Vorberatung im Hauptausschuss keinen Sinn. Bei der heute zu beschließenden Erhöhung handle es sich lediglich um einen Teil des Konzeptes und dieser erste Schritt könne im Rahmen des Beitritts zum Kommunalen Entschuldungsfond ohne Bedenken beschlossen werden.

Ratsmitglied Nunold merkt an, man habe sich mit dieser Thematik bereits in der Haushaltskommission beschäftigt, sodass auch er keinen Grund für eine erneute Vorberatung sehe. Die Fraktion Die Linke werde der Erhöhung zustimmen. Auf seine Rückfrage hin, wie hoch die Kosten für die Umstellung der Parkautomaten seien und ob dies von einer externen Firma durchgeführt würde, erklärt Herr Lambing (Stadtwerke) die Firma PARKEON stelle die Automaten für 3.800,00 € um.

Der Stadtrat fasst folgende

Beschlüsse:

1. Die Parkgebühr wird auf 0,50 Euro je angefangene halbe Stunde angehoben.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	27
Nein:	0
Enthaltung:	5

37. Sitzung des Stadtrates am 31.10.2012

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Änderung der Rechtsverordnung über die Erhebung von Parkgebühren vom 20.11.2001 durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An den Abstimmungen nahmen 32 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

Amt 20

Amt 81

37. Sitzung des Stadtrates am 31.10.2012

Punkt 4: **(öffentlich)**

Sanierung Kreuzberg-Kaserne Zweibrücken
Fortschreibung der Sanierungskonzeption
Kosten- und Finanzierungsübersicht (KOFI) für das Programm-
jahr 2012
A. Information Antragsverfahren
B. Inhalte der KOFI
C. Beschlussinhalt
Vorlage: 20/0841/2012

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Die vorgelegte KOFI stellt die Fortschreibung der Sanierungskonzeption dar.
Der Stadtrat stimmt dieser Fortschreibung der Rahmenplanung auf der Grundlage der vorgelegten KOFI zu und nimmt im Übrigen die KOFI zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

Amt 20

Amt 60

GeWoBau mbH

37. Sitzung des Stadtrates am 31.10.2012

Punkt 5: **(öffentlich)**

Bauleitplanung;

Vorhabenbezogener Bebauungsplan ZW 114 "Obere Denisstraße"

- **Information über den aktuellen Planungsstand**

- **Beschluss zur Aufstellung einer Änderung 1 des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a**

BauGB

- **Beschluss zur Änderung des Durchführungsvertrages**

Vorlage: 60/0857/2012

Aufgrund seiner Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Einrichtung begibt sich Ratsmitglied Kroh gem. § 22 GemO in den Zuschauerraum.

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und auf die Vorberatung im letzten Bau- und Umweltausschuss. Er erklärt, die Änderungen würden ca. 50 neue Arbeitsplätze einbringen und durch die weitgehende Deckung des Bedarfes sei eine Pflege sichergestellt. Zudem gebe es keine Verzögerungen der Maßnahme durch die Änderungen.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** den folgenden

Beschluss:

Auf der Grundlage des oben dargestellten Sachverhaltes schlägt die Verwaltung folgende Beschlussfassungen vor:

1. Dem Antrag des Landesvereins für Innere Mission in der Pfalz e.V. auf Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes sowie der Übertragung der Vorbereitung und Durchführung von diesbezüglichen Verfahrensschritten auf das Büro Grub Architekten, Gutentalstr. 16, Zweibrücken, wird stattgegeben.
2. Die Aufstellung einer Änderung 1 des Bebauungsplanes ZW 114 "Obere Denisstraße" im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB i.V.m. § 2 Abs. 1 BauGB wird beschlossen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist dem beiliegenden Lageplan (Anlage 2) zu entnehmen.
3. Der Durchführungsvertrag vom wird entsprechend dem neuen Planungsstand geändert und zu einem späteren Zeitpunkt vom Stadtrat formell beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	31
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 31 Ratsmitglieder teil. Ratsmitglied Kroh hat an der Beratung und Abstimmung gem. § 22 GemO nicht teilgenommen.

37. Sitzung des Stadtrates am 31.10.2012

Verteiler:
Amt 60
Amt 60/61

37. Sitzung des Stadtrates am 31.10.2012

Punkt 6: **Neue Feuerwache Rimschweiler; Anschaffung der Stahlhalle**
(öffentlich) **Vorlage: 60/0861/2012**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und auf folgende Änderungen:

- Seite 1, Absatz 1: Lärmgedämmte Stahlblechhalle = wärmegeämmte Stahlblechhalle
- Seite 1, Absatz 4: Ingenieurbüro Loos, Zimmer und Weber heißt nur noch „Ingenieurbüro Zimmer und Weber“
- Seite 8, Zusammenfassung: Angebotssumme 117.187,65 € = Angebotssumme 111.187,65 €

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Auftrag für die Errichtung einer Stahlhalle als „Neue Feuerwache“ wird an die Firma Bucher aus Zweibrücken zum Angebotspreis von 111.187,65 € vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:
Amt 60

37. Sitzung des Stadtrates am 31.10.2012

Punkt 7: **Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik**
(öffentlich) **Vorlage: 60/0862/2012**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und die ausgeteilte Tischvorlage. Er verweist auf den möglichen Bundeszuschuss i.H.v. 25 %.

Auf Rückfragen zu den Einsparungen erklärt Herr Lambing (Stadtwerke), vorher habe man 26-29 KW Anschlussleistung benötigt. Nach dem Umrüsten der Lampen verbrauche man nur noch 3 KW Gesamtanschlussleistung, was dann beim Umrüsten der 129 Lampen zu einer Einsparung von 10.000,00 € pro Kalenderjahr führen werde.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Vergabe der Arbeiten zum Umbau der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik aufgrund des Angebotes der Firma SAG vom 18.10.2012 und des Straßenbeleuchtungsvertrages vom 12./16.12.2005 an die Stadtwerke Zweibrücken in Höhe von 61.404,00 € zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

Amt 60

Amt 81

37. Sitzung des Stadtrates am 31.10.2012

Punkt 8: **Ergänzung von Ausschüssen**
(öffentlich) **Umlegungsausschuss der Stadt Zweibrücken**
 Vorlage: 10/0852/2012

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Herr Dipl.-Ing. Michael Loos wird als Vorsitzender und Frau Dipl.-Ing. Julia Horbach-Münch als stellvertretende Vorsitzende des Umlegungsausschusses der Stadt Zweibrücken gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Ratsmitglieder teil

Verteiler:
Amt 10

37. Sitzung des Stadtrates am 31.10.2012

Punkt 9: **(öffentlich)**

Übertragung von namensrechtlichen Aufgaben auf die Stadtverwaltung
Abschluss einer Zweckvereinbarung mit der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land
Vorlage: 10/0846/2012

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und informiert, in Zweibrücken gebe es ca. 2-5 Namensänderungsfälle pro Jahr. Nach 2013 wolle man schauen, ob die Gebühren ausreichend hoch seien und gegebenenfalls eine Anpassung vornehmen.

Ratsmitglied Dr. Hitschler lobt die Maßnahme.

Ohne weitere Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Dem Abschluss der beiliegenden Zweckvereinbarung mit der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

Amt 32

Amt 20

Amt 10.3.3

37. Sitzung des Stadtrates am 31.10.2012

Punkt 10: **Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO; Annahme von Spenden**
(öffentlich) **Vorlage: 10/0854/2012**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und verliest die Spenden.

Aufgrund verwandtschaftlicher Verhältnisse zu einer Spenderin beteiligt sich Ratsmitglied Zahler bei diesem Tagesordnungspunkt gem. § 22 GemO nicht an der Beratung und der Beschlussfassung.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der Spenden zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	31
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 31 Ratsmitglieder teil. Ratsmitglied Zahler hat an der Beratung und Abstimmung gem. § 22 GemO nicht teilgenommen.

Verteiler:

Amt 10
Amt 51
Amt 41
Amt 81

37. Sitzung des Stadtrates am 31.10.2012

Punkt 11: **Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ZW 78**
(öffentlich) **"Hilgard-Center"**
 Antrag der FDP-Fraktion
 Vorlage: 10/0853/2012

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Dr. Hitschler führt zum Antrag der FDP-Fraktion aus, dass das beschlossene Einzelhandelskonzept die Stadt hemme und man es überdenken müsse. Der Innenstadtbereich sollte ausgeweitet werden. Der Antrag solle eine Hilfe für Mietsuchende sein. Erlaube man bei dem im Antrag genannten Bereich den Mietsuchenden, der einen Sportschuhgroßhandel eröffnen wollte, als Dienstleistungsbetrieb, ziehe die Fraktion den Antrag zurück.

Der Vorsitzende betont, man habe den genannten Mietsuchenden in keinem Fall im Stich gelassen, sondern ihn sogar bei seiner Suche unterstützt. Den von ihm gemietete Laden am Alexandersplatz habe er mit Hilfe der Wirtschaftsförderung gefunden, nachdem sein Widerspruch gegen die Ablehnung der Eröffnung des Ladens beim Hilgard-Center aufgrund der geltenden Rechtslage vom Stadtrechtsausschuss abgewiesen worden sei.

Ratsmitglied Wilhelm gibt an, grundsätzlich könne man einige Erwägungen der FDP-Fraktion nachvollziehen. Aufgrund des komplexen Sachverhaltes könne man in der heutigen Sitzung aber keine seriöse Antwort beschließen. Sie schlage eine Verweisung des Antrages in den Bau- und Umweltausschuss vor.

Ratsmitglied Dr. Hitschler schlägt eine Verweisung in den Bau- und Umweltausschuss mit anschließender Vorberatung im Hauptausschuss und abschließender Beschlussfassung im Stadtrat vor.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Die Überarbeitung des Einzelhandelskonzeptes, vor allem auf die Festsetzungen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan ZW 78 „Hilgard-Center“ wird zur Vorberatung in den Bau- und Umweltausschuss, dann in den Hauptausschuss und zur abschließenden Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

Amt 10

Amt 60

37. Sitzung des Stadtrates am 31.10.2012

Punkt 12: **(öffentlich)**

"Erinnerung an bedeutende Zweibrücker Architekten"
Antrag der FDP-Fraktion vom 15.10.2012
Vorlage: 10/0868/2012

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und schlägt vor, dass Frau Dr. Glück-Christmann (Stadtmuseum) mit zuständigen Mitarbeitern ein dem Antrag entsprechendes Konzept ausarbeite und dieses dann in einer der nächsten Hauptausschusssitzungen vorstellen könnte.

Ratsmitglied Dr. Runge weist darauf hin, dass es sich im Antrag nicht um „Heinrich Ullmann“ handle, sondern um „Ludwig Ullmann“.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Die Leiterin des Stadtmuseums, Frau Dr. Glück-Chstimann, wird gebeten, gemeinsam mit zuständigen Mitarbeitern ein dem Antrag der FDP-Fraktion entsprechendes Konzept zu erarbeiten, dass dann in einer der nächsten Hauptausschusssitzungen vorgestellt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:
Amt 10
Amt 41
Amt 60

37. Sitzung des Stadtrates am 31.10.2012

Punkt 13: **Einführung eines Vorkassenzählersystems;**
(öffentlich) **Antrag der SPD vom 25.10.2012**
 Vorlage: 10/0870/2012

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und erklärt, man könne nicht beschließen solche Zähler anzuschaffen. Der Stadtrat könne dem entscheidenden Gremium, dem Aufsichtsrat der Stadtwerke GmbH, lediglich die Bitte übermitteln, sich mit dieser Thematik zu beschäftigen. Zusätzlich könnte der Rat dann die von sich in den Aufsichtsrat entsandten Mitglieder bitten, dort entsprechend abzustimmen und dem Stadtrat nach der Sitzung eine Rückmeldung zu liefern, wie das Gremium entschieden habe.

Ratsmitglied Dirk Schneider merkt an, die SPD-Fraktion habe sich die Stromgrundversorgungsverordnung angesehen. Gem. § 13 sei eine Einführung eines solchen Systems zugelassen. Energiearmut und Stromabschaltungen müssten vermieden werden. Die Chip-Lösungen würden dies zulassen. So würde auch an Tagen, an denen die Stadtwerke nicht geöffnet sei, der Strom nicht abgestellt werden. Auch offene Rechnungen könnten über dieses System mit abgerechnet werden. Vielleicht sei es auch möglich, dass der Energieberater sich um die betroffenen Familien kümmern und Hilfe leisten, zu erkennen, wo viel Strom verbraucht wird und wie die Familien Strom sparen könnten. Durch die Einführung der Zähler würde auch ein Lerneffekt eintreten.

Ratsmitglied Schanne-Raab ist der Meinung, wenn die Strompreise gleich bleiben würden, würde sich nichts ändern, außer dass die Betroffenen den Überblick über ihre Stromschulden hätten. Um die Energiearmut zu bekämpfen, müsste man über den Chip kleine Mengen Strom zu einem günstigeren Tarif anbieten.

Ratsmitglied Nunold gibt an, die Fraktion Die Linke begrüße den Antrag und sei der Meinung, man solle dieses Thema im Aufsichtsrat der Stadtwerke GmbH diskutieren.

Die Frage von Ratsmitglied Kroh, wie oft in Zweibrücken im letzten Jahr der Strom abgestellt worden sei, wird mit 200 Mal beantwortet. Da es in vielen Familien jedoch mehrfach zum Abstellen käme, handle es sich nicht um 200 Familien.

Ratsmitglied Graßhoff findet diesen Antrag gut und wichtig. Auch sollte man sich im Aufsichtsrat mit zusammenhängenden Themen beschäftigen, wie z.B. dass vor einer Abstellung das Jugendamt informiert werden sollte, wenn Kinder im Haushalt wohnen. Gerade bei den Fällen, dass kleine Kinder in einem Haushalt wohnen, müsse es doch gewährleistet sein, dass kleine Mengen Strom lieferbar seien.

Ratsmitglied Dr. Hitschler gibt an, die FDP-Fraktion werde dem Antrag zustimmen. Er schlägt vor, einen Vertreter einer Kommune in den Rat einzuladen, in der diese Alternative schon praktizieren. Er ist auch der Meinung, dass man ein Stromabschalten in Familien mit Kindern nicht vertreten könne und eine geringere Einspeisungsvergütung im Falle des Vorkassenzählers diskutiert werden sollte.

Der Vorsitzende stimmt zu, Jemanden einzuladen, der Erfahrungsberichte liefern könnte.

37. Sitzung des Stadtrates am 31.10.2012

Ratsmitglied Rimbrecht führt aus, dass man durch das Einführen des Vorkassenzählers die Kosten für das Ab- und wieder Anschalten des Zählers spare. Auch er spricht sich für einen niedrigeren Tarif im Falle eines Strombezuges über einen solchen Vorkassenzähler aus.

Ratsmitglied Kretzschmar erklärt, die CDU-Fraktion sieht natürlich das Problem, dass es in Not geratende Familien gebe. Jedoch müsse der Grundsatz doch bleiben, wer Strom nutzt, muss ihn auch bezahlen. Die Frage sei nur, woher das Geld kommen solle. Man müsse eine soziale Lösung finden und er denke, die Stadtwerke werde bestimmt eine Möglichkeit oder einen Tarif anbieten, die dieses Problem vielleicht lösen würde.

Ratsmitglied Dettweiler merkt an, die FWG-Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Die Stadtwerke GmbH wird gebeten, die Thematik der Einführung von Vorkassenzählern in der nächsten Aufsichtsratssitzung zu besprechen. Die in den Aufsichtsrat entsandten Stadtratsmitglieder informieren in der darauffolgenden Ratssitzung über das Ergebnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

Amt 10

Amt 81

Punkt 14: Anfragen von Ratsmitgliedern **(öffentlich)**

Der Vorsitzende informiert den Stadtrat, dass das ehemalige Gelände Mazurkiewicz in Rimschweiler zwischenzeitlich geräumt sei.

1 Anfrage von Ratsmitglied Dr. Ohler

Sicherungsmaßnahmen des UBZ in der Fasanerie

Ratsmitglied Dr. Ohler erkundigt sich im Namen des Förderkreises „historische Fasanerie“, warum aktuell in der eigentlich sicheren Fasanerie-Anlage Sicherungsmaßnahmen des UBZ durchgeführt würden. Man spreche sich nicht gegen die Sicherheit in der Anlage aus, aber man verlange Informationen hierzu. Auch wenn es sich teilweise nur um Provisorien handle (z.B. der Sicherheitszaun) sei klar, dass genau solche immer einen langen Zeitraum erhalten bleiben würden. Er fragt hierzu:

1. Ist die Stadtverwaltung bzw. die UBZ bereit, das Gutachten, dem die Sicherungsmaßnahmen zugrunde lägen, dem Förderkreis „historische Fasanerie“ (z.Hd. dem Vorsitzenden, Herrn Dr. Ohler) zur Verfügung zu stellen?
2. Welche weiteren Schritte will die Stadt in dieser Sache unternehmen?
3. Ist das Amt für Denkmalschutz Mainz bereits eingebunden und informiert?

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, es gebe ein Gutachten, aus dem ergehe, dass beim Betreten eine Gefährdung für Leib und Leben bestehe. Weil die bisher stattgefundenen Sanierungen im oberen und bislang nicht im unteren Teil des Gebäudes stattgefunden hätten. In 2011 sei ein Haushaltsansatz i.H.v. 65.000,00 € gewesen, den die ADD rausgenommen habe. 2012 sei nochmal 20.000,00 € eingestellt gewesen. Das Gutachten sagt, dass dort umfangreiche Sicherungsmaßnahmen durchgeführt werden müssten und dass dort eine erschütterungsfreie Beprobung stattfinden müsse. Im Haushalt der kommenden Jahre seien ursprünglich Mittel für die Sanierung eingestellt worden i.H.v. 2013: 1 Mio. €, 2014: 50.000,00 € , 2016: 1,3 Mio €. Man werde Gespräche führen müssen und man müsse sehen, woher man das Geld für die Sanierung bekomme. Man werde mit dem Denkmalschutz sprechen müssen, wie man dort vorgehen werde. Mit den verantwortlichen gemeinsam solle dann auch eine Ortsbegehung durchgeführt werden. Das Gutachten werde natürlich zur Verfügung gestellt. Auch müsse man sich künftig gemeinsam mit den ehrenamtlich Tätigen, dem Betreiber der Fasanerie, dem UBZ und der Stadt unterhalten, wie man weiter vorgehen werde. Alle Dinge, die dort vorgenommen würden, müssten der Voraussetzung der „Unabweisbarkeit“ standhalten. Bislang habe die ADD diese verneint.

2 Anfrage von Ratsmitglied Schanne-Raab

Keine ausbeuterische Kinderarbeit

Ratsmitglied Schanne-Raab bittet um einen erneuten Bericht über die Umsetzung des Projektes „keine ausbeuterische Kinderarbeit bei der Vergabe“.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende sagt zu, dies prüfen zu lassen und die Anfrage dann schriftlich zu beantworten.

3 Anfragen von Ratsmitglied Zahler

a) Jahreskarten Rosengarten

Ratsmitglied Zahler weist darauf hin, dass das Kassenhäuschen am Rosengarten ab heute geschlossen sei und fragt sich, ob es weiterhin Zugang gebe, auch ohne Eintrittspreis zu entrichten und wie verhält sich das mit den Besitzern von Dauerkarten bzw. Saisonkarten.

Antwort der Verwaltung:

Herr Boßlet (UBZ) antwortet, die Inhaber von Jahreskarten könnten selbstverständlich auch weiterhin in den Rosengarten gehen. Für andere sei der Rosengarten geschlossen, also nicht mehr für Jeden frei zugänglich.

b) Schließung Suchtberatungsstelle des Diakonischen Werkes

Er fragt sich zudem, vor einiger Zeit habe man lesen können, dass das Diakonische Werk seine Suchtberatungsstelle schließen werde. Arbeit dieser Stelle im Präventivansatz der sozialen Vorsorge in Zweibrücken für dringend betroffene Personengruppen beobachten und auch für zwingend schätzen könne, fragt er sich, ob die Stadtverwaltung reagiert habe und wenn ja, wie. Zudem möchte er wissen, ob es eine Alternativplan gebe. Die Arbeit von Paul Schmidt und seiner Mitarbeiter sei von unschätzbarem Wert.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, man beschäftige sich mit diesem Thema, sollte jedoch nicht vorschnell handeln um Etwas zu tun. Derzeit fänden auf Ebene der Landespolitik Gespräche und Einwirkversuche statt und er wisse, dass die Mitarbeiter der Diakonie Widerstand gegen das Angekündigte leisten. Mit Hinblick auf die städtische Haushaltssituation und den Stellenplan sollte man abwarten, was das Land Rheinland-Pfalz dazu sage, denn es könne nicht nur sein, dass Zweibrücken als Kommune ohne Ausgleich einspringen werde. Man werde dieses Thema beobachten, verfolgen und wenn erforderlich, auch reagieren.

4 Anfrage von Ratsmitglied Kroh

Sanierung von Straßen

Ratsmitglied Kroh verweist auf eine Liste in der Lokalpresse aus der ersichtlich gewesen sei, welche Straßen man im nächsten und welche in den darauffolgenden Jahren sanieren wolle. In diesem Zusammenhang stellen sich ihm folgende Fragen:

1. Für welche Straßen liegen aktuell beim Land Förderanträge der Stadt vor?
2. Für welche Straßen liegen der Stadt derzeit Bewilligungsbescheide vor?

Antwort der Verwaltung:

Herr Frenkle (Stadtbauamt) antwortet, derzeit würden die Maßnahmen durchgeführt, für die Bewilligungsbescheide vorliegen. Es seien derzeit neue Anträge beim Landesbetrieb Mobilität gestellt (z.B. Herzog-Wolfgang-Straße, Allensteinstraße, Wiesenstraße, Tilsitstraße). Die Bewilligungen würden derzeit allerdings noch nicht vorliegen. Ein Bewilligungsbescheid läge derzeit nur für die Contwiger Straße vor, die jedoch noch nicht abgerechnet sei.

Der Vorsitzende verweist auf ein in der nächsten Woche stattfindendes Gespräch mit Herrn Lutz, in dem über die Zweibrücker Straßen und die Zweibrücker Situation gesprochen werden solle. Im Anschluss daran, würde man Ratsmitglied Kroh eine schriftliche Antwort zukommen lassen.

5 Anfrage von Ratsmitglied Dettweiler

Winterdienst

Ratsmitglied Dettweiler stellt der Verwaltung folgende Fragen:

1. In welcher Räumungspriorität befindet sich die Breitensteinstraße in Mittelbach, speziell die Auffahrt zur Grundschule und dem Kindergarten?
2. Wurde die Priorität für den Winter 2012/13 geändert?
3. Wie ist bei Wintereinbruch die Regelung, wenn der Bus den Berg nicht hochfahren kann? Er fragt nach der Begleitung der Kinder im ersten Anstieg der Straße ohne Bürgersteig. In den beiden letzten Wintern seien die Begleitungen von den Vorortarbeitern übernommen worden nach Absprache zwischen Verkehrsbetrieben und Ortsvorsteher. Dies war das Ergebnis nach einer großen Runde 2010 mit Dezernent Franzen, der Schulleitung, dem Schulleiternbeirat, den Ortsvorstehern Kroh und Dettweiler, dem Schulamt, Frau Eitel und der Ordnungsbehörde.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende sagt zu, die Anfrage werde schriftlich beantwortet.

37. Sitzung des Stadtrates am 31.10.2012

Verteiler:

Amt 84

Amt 60

Amt 10

Amt 51

Amt 32

Amt 40

GS und KiGa Mittelbach

III

37. Sitzung des Stadtrates am 31.10.2012

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 18:45 Uhr.

Der Vorsitzende

Kurt Pirmann
Oberbürgermeister

Die Schriftführer

Richard Körner
Verwaltungsrat

Alessa Buchmann
Stadtinspektorin